

Volkszählung per Steckdose

750.000 Euro stehen für den Abriss "fauler Zähne" bereit

Lehe (cab). Der Leerstand in Bremerhaven nimmt weiter zu, allerdings langsamer als in den Vorjahren. Das hat Norbert Friedrich, Abteilungsleiter Bebauungsplanung des Stadtplanungsamtes, berichtet. 5200 Wohnungen stehen derzeit leer. Mit dem Programm "Stadtumbau West" soll der Leerstand bekämpft werden.

2002 standen nach Friedrichs Angaben 3700 Wohnungen leer, 2003 waren es 4900 und zum jüngsten Jahresende 5200. Mit der "stromzählergestützten Leerstandserhebung" können Stadtplaner beziffern, wie viele Wohnungen unbewohnt sind. Dabei meldet der Energieversorger SWB stillstehende Stromzähler an das Stadtplanungsamt. Kein Stromverbrauch, kein Bewohner. So lautet der nahe liegende Schluss der Stadtplaner (siehe "Stichwort"). Auf der jüngsten Stadtteilkonferenz Lehe hatten rückläufige Zahlen für den Stadtteil für Aufsehen gesorgt, aber im Zahlenwerk steckte der Fehlerteufel. Im Ortsteil Goethestraße in Lehe spiegelt sich tatsächlich der Stadttrend wider: 500, 650 und derzeit 705 leere Wohnungen - der Leerstand wächst, aber er wächst langsamer. Leer stehende Wohnungen und Häuser sind vielen Bremerhavenern ein Dorn im Auge. Verrammelte Fenster und verfallene Häuser "reißen den ganzen Stadtteil herunter", findet beispielsweise Heiko Janßen, Sprecher der Stadtteilkonferenz Lehe. "Faule Zähne" werden solche Schandflecken auch genannt. Im Rahmen des "Stadtumbaus West" stehen bald 750000 Euro bereit, um den Stadtteilen die faulen Zähne zu ziehen. Mit dem Geld kann die Stadt Eigentümern einen Abriss finanzieren oder im Rahmen einer Zwangsversteigerung faule Zähne mitsamt Grundstück erwerben, um dann abzureißen. Der erste Weg wird nach Friedrichs Angaben auch "Leipziger Modell" genannt. Für den Grundstückseigentümer bliebe dabei alles beim Alten: Er behält seine Besitz- und Baurechte. Eine Zwangsversteigerung sei hingegen langwierig und schwierig. Friedrich hofft, dass durch diese Mittel der Konflikt zwischen privaten Wohnungseigentümern und Wohnungsgesellschaften entschärft wird. Private Eigentümer hatten mehrfach kritisiert, dass ihnen keine staatlichen Hilfen für den Abriss unrentabler Altlasten bereitgestellt würden. Der Startschuss für den insgesamt 5,7 Millionen Euro schweren Stadtumbau West wird in Berlin gegeben und für Mai erwartet. Das Programm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen soll Pilotprojekte anschieben. Diese sollen klären, wie schrumpfende Städte dem Abwärtstrend in der Wirtschaft und den Bevölkerungszahlen bestmöglich begegnen können.